

A woman wearing a patterned headscarf and an orange top is seen from the back, writing the word 'INTEGRATION' in large, white, hand-drawn letters on a dark green chalkboard. Below the word, she has written a large question mark. The scene is lit from the side, creating a soft glow on the chalkboard.

INTEGRATION

Wenn Integration gelingen soll,
müssen zuerst die (unangenehmen) Fakten
auf den Tisch. Eine österreichische
Integrationsgeschichte in acht Kapiteln.

VON ROBERT DEMPFFER

DIE *neuen* ÖSTERREICHER

I. Die Gastarbeiter

Der Zweite Weltkrieg ist vorbei. Städte, Fabriken und Infrastruktur liegen in Trümmern. Von denen, die das Land wieder aufbauen sollen, sind viele tot, vertrieben, in Kriegsgefangenschaft, nicht arbeitsfähig. Die alten europäischen Imperien holen sich deshalb die nötigen Arbeitskräfte aus den (ehemaligen) Kolonien. Länder ohne diese „Besitztümer“ greifen auf Süd- und Südosteuropa zurück. Der typische Einwanderer der Fünfziger-

und Sechzigerjahre ist ein „Gastarbeiter“: gekommen, um für zwei Jahre im Stahl- oder Kohlebergwerk, in der Automobilindustrie oder am Bau zu malochen. Doch das ewige Rekrutieren und Zurückschicken ist ineffizient und teuer. Die Betriebe fordern, dass die Arbeitsmigranten bleiben dürfen, und sie setzen sich durch. Die nächste Welle der Einwanderung besteht deshalb aus den nachziehenden Familien der Arbeiter.



„ZWEI DRITTEL DER JUNGEN TÜRKEN IN ÖSTERREICH SEHEN SICH VOM FUNDAMENTALISMUS BEDROHT“

II. Multikulti scheitert nicht

Die Auswirkungen der Masseneinwanderung werden nicht groß debattiert. Dass Zuwanderer „die Gewohnheiten und die Kultur südlicher Dörfer, Sippen, Märkte und Moscheen beibehalten könnten, war ein zu abwegiger Gedanke, als dass je jemand darauf verfallen wäre“, resümiert US-Autor Christopher Caldwell (Seite 43).

So ist Westeuropa „aus Geistesabwesenheit“ zur multiethnischen Gesellschaft geworden. Das multikulturelle Experiment ist nicht gescheitert, es hat nie stattgefunden. Migranten und alteingesessene Bevölkerung leben nebeneinander her. Dass Zuwanderer

deshalb weiterhin „Halt in ihren teils äußerst archaischen Traditionen suchen, bietet von Anfang an nicht die beste Voraussetzung für eine geglückte Integration“, meint Erich Kocina (Seite 48). „Der österreichische Weg, zuerst einmal nichts zu tun und sich danach zu wundern, dass die Gruppe lieber unter sich bleibt, schreibt das Drama fort.“

Vor allem muslimische Einwanderer haben unterschätzt, was es bedeutet, mit Christen und Atheisten zusammenzuleben. „Sie mussten entdecken, dass der westliche Wohlstand mit einer bestimmten Mentalität verbunden ist, mit Freiheit und Flexibilität und einer langen Tradition der Grenzerprobung und -überschreitung“, kommentiert der Schriftsteller Leon de Winter.

Seit der Blick auf den Terrorismus der Extremisten verengt ist, hat das Image des Islam einen solchen Tiefpunkt erreicht, dass sogar zwei Drittel der jungen Türken in Österreich sich vom Fundamentalismus bedroht fühlen. Ihre starren Vorstellungen von Geschlechterrollen und Familie berührt das wenig: „Viele dieser Kids haben ein patriarchalisches Weltbild, das ihnen selbst am meisten im Weg steht“, sagt der Sozialarbeiter Martin Dworak (Seite 70).

III. Correctness statt Wahrheit

Political Correctness heißt ein in den Achtzigerjahren entstandener „Kanon, der peinlich darauf achtet, dass möglichst niemand sich benachteiligt fühlt oder auch nur glaubt, sich benachteiligt fühlen zu müssen“ (Der Spiegel). Gepaart mit jahrelanger Schönfärberei, verbot die Political Correctness, die Wahrheit über gescheiterte Integration zu sagen. Doch dass es erhebliche In-

tegrationsdefizite gibt, ist offensichtlich: „Sie manifestieren sich bei einem Teil der Zuwanderer und deren Kindern in geringerem Schulerfolg, höherer Arbeitslosigkeit und sozialer Absonderung“, sagt der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz.

Der spätere Familiennachzug trägt dazu bei. Münz: „Bei der Familienzusammenführung waren wir dann erstaunt, dass die Hilfsarbeiter ausländischer Herkunft in unseren Kohlengruben nicht mit Hochschulabsolventinnen verheiratet waren.“

Schuldzuweisungen gegenüber Ausländern, die sich noch heute nicht integrieren wollen, sind trotzdem problematisch. Die ersten Gastarbeiter sind vor über 50 Jahren gekommen, „vorwiegend aus Dörfern, deren



☞ Bewohner ausschließlich mit der Kraft ihrer Hände arbeiten konnten“, sagt der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan.

Über ein Bildungssystem, das ihre Kinder und Enkel aus dem bildungsfernen Milieu holt, wird erst seit ein paar Jahren geredet. Noch das wenige Erreichte – wie das verpflichtende Kindergartenjahr – droht jetzt der Krise zum Opfer zu fallen.

IV. Putzen, mähen, Bildung vererben

So kommt zu kulturellen Integrationshindernissen ein weiteres: Das österreichische Schulsystem selektiert bis heute stark nach sozialer Herkunft. „Der Bildungsstand wird weitgehend vererbt“, betont Konrad Pesendorfer, fachstatistischer Generaldirektor der Statistik Austria. Dieser Umstand habe sich über die Generationen nicht verbessert (und trifft auch die autochthone Bevölkerung). Noch immer drücken Ausländerkinder „in Pflichtschulen in städtischen Wohngebieten mit überdurchschnittlich hohem Ausländeranteil das Niveau, weil sie nicht Deutsch können“ (*profil*).

Aber wozu diese Aufregung über möglichst hohe Bildungsabschlüsse? Österreich ist zwar auf dem Weg zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft. In dieser gibt es aber immer noch genug Jobs, die – jedenfalls um diese Entlohnung – kein Österreicher macht.

Und auch um die Hochqualifizierten herum wird es weiterhin ein Heer von Dienstleistern brauchen, die ihnen die Wohnung putzen und den Rasen mähen, das Auto reparieren und die Wäsche bügeln, zu Mittag die Sandwiches machen und nachmittags auf ihre Kinder aufpassen.

(ob Migranten oder nicht), besser auszubilden, trägt Organisationen wie dem Roten Kreuz leicht den Vorwurf ein, auch sie sähen im Menschen nur mehr den Produzenten oder Konsumenten – und betrachteten damit Migranten, die keinen Nettogewinn für die Wirtschaft darstellen, als wertlos.

Auch das stimmt nicht. Dass die Finanzierung des Sozialstaates an der Wirtschaftsleistung hängt, ist evident. Der Sozialforscher Gosta Esping-Andersen, definitiv kein Verfechter des Neoliberalismus, bilanziert: „Aus der Sicht der Gesellschaft ist es wichtig, dass die künftigen Generationen kompetent und produktiv sind – weil sie zahlenmäßig so klein sein werden, aber enorm große transferabhängige Bevölkerungsgruppen mittragen müssen. Wir können uns deshalb eine zukünftige Erwerbsbevölkerung nicht leisten, die zu 20 oder 30 Prozent aus funktionalen Analphabeten oder Menschen ohne Sekundarschulbildung besteht.“

VI. Wirtschaftswunder in Pension

Auch die Zuwanderer der vergangenen Jahrzehnte werden im Sozialsystem von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern. Die Arbeitsmigranten, die in der boomenden Nachkriegswirtschaft die schwersten, undankbarsten und gefährlichsten Arbeiten übernommen haben, haben Ansprüche erworben.

Wenn Zuwanderer ins Pensionsalter kommen, „werden ihre Kinder zu Beitragszahlern. Sie kommen für die Pensionen ihrer zugewanderten Eltern und die Ausbildung ihrer eigenen Kinder auf“, sagt der Demograf Heinz Fassmann (*Interview S. 32*) – sofern Qualifikation und Erwerbstätigkeit sie dazu in die Lage versetzen.

„DREI PROZENT DER WELTBEVÖLKERUNG SIND MIGRANTEN:
MENSCHEN, DIE NICHT DORT LEBEN, WO SIE GEBOREN WURDEN.
SIE ZIEHEN 100 PROZENT DER AUFMERKSAMKEIT AUF SICH.
JE ÄRMER SIE SIND, DESTO FREMDER MUTEN SIE AN“

V. Zuwanderer mit Preisschild

Auch das stimmt nur zum Teil. Denn ab 2015 geht das Arbeitskräfte-Angebot deutlich zurück, die produktiven Altersjahrgänge werden kleiner. Macht nichts, sagt der Wirtschaftsforscher Alois Guger. Es kommt nicht darauf an, wie viele Menschen wir haben, sondern wie produktiv sie sind. Der Grips der wenigen wird auch künftig dafür sorgen, dass der Wohlfahrtsstaat erschwinglich bleibt.

Das ist optimistisch gedacht, denn mit der dafür nötigen Anzahl Hochqualifizierter wird es eng. Die Schlussfolgerung, dass es besser sei, qualifizierte Zuwanderer ins Land zu holen und jene, die schon da sind



2007 waren 15 Prozent aller nichtösterreichischen Jugendlichen unter 24 Jahren arbeitslos, 15 Prozent mit exjugoslawischer Zuwanderungsgeschichte und fast jeder Fünfte mit türkischem Hintergrund.

Bei der Qualifikation sieht es ähnlich trist aus. In Summe verfügt die Hälfte aller 24- bis 29-jährigen Migranten maximal über einen Pflichtschulabschluss. Das ist die Quittung für ein fehlendes Zuwanderungskonzept – und für den Irrtum, man könne Arbeit ins Land holen, ohne sich um die Arbeiter zu kümmern. Rekurs auf Esping-Andersen: „Wir können uns keine Erwerbsbevölkerung leisten, die zu 20 oder 30 Prozent aus Menschen ohne Sekundarschulbildung besteht.“

schen Mittelständlers, die fließend Deutsch spricht und ins Gymnasium geht, den serbisch-österreichischen Mechaniker Radovan Tomasevic, den indisch-österreichischen Geschäftsmann Augustin Pallikunnel, die persisch-österreichische Grafikerin Farzaneh Emadi, die polnisch-österreichische Designerin Stefanie Wojtowiec, den bosnisch-österreichischen Zahntechniker Milenko Zuljevic und für Ossiri Ganaore von der Elfenbeinküste, Betreiber einer Sprachschule. Sie alle sind zugewandert und haben in der neuen Heimat Wurzeln geschlagen. Sie alle vereint die gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig von der Herkunft ihrer Eltern. Was die Frage aufwirft: Wie entsteht diese Teilhabe?

„DAS MULTIKULTURELLE EXPERIMENT IST NICHT GESCHEITERT. ES HAT NIE STATTGEFUNDEN. MIGRANTEN UND ALTEINGESESSENE BEVÖLKERUNG LEBEN NEBENEINANDER HER“



VII. Zugewandert und verwurzelt

Drei Prozent der Weltbevölkerung sind Migranten: Menschen, die nicht dort leben, wo sie geboren wurden. Sie ziehen 100 Prozent der Aufmerksamkeit auf sich. Je ärmer sie sind, desto fremder muten sie an. Und je wehrloser, desto stärker ziehen sie den Fremdenhass auf sich. Ob die Versachlichung des Ausländerthemas nützt? Hans Magnus Enzensberger ist skeptisch: Die Xenophobie sei nun einmal eine „anthropologische Konstante“. Nur wo die Kasse stimmt, versiege sie wie durch ein Wunder: „Dem Sultan von Brunei hat noch niemand seine Hautfarbe übelgenommen.“

Das gilt auch immer stärker für die Tochter des türki-

VIII. Integrationsminister

Die Migrations- und Integrationscharta des Österreichischen Roten Kreuzes (www.rotekreuz.at) ist einer der Pläne, die den Weg in ein wirklich gemeinsames Zusammenleben weisen. Weil Integration so viele Lebens- und Gesellschaftsbereiche berührt, fordert die Charta auch ein eigenes Ressort für Integration.

Die Regierung des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ist schon so weit: Seit 2005 ist Armin Laschet von der CDU dort Integrationsminister. Integrationspolitik setzt er ressortübergreifend mit allen anderen Ministerien um. Der Gedanke, Zuwanderer in erster Linie als Sicherheitsrisiko anzusehen, kommt ihm seltsam vor. Kriminalität, so der Minister, sei nicht an die Ethnie oder die Religion gebunden, sie hänge mit Perspektivenlosigkeit zusammen. Wer über persönliche und berufliche Perspektiven verfüge, werde im Normalfall nicht kriminell (siehe auch Seite 72 f.).

Minister Laschet lebt politisch von der simplen Einsicht, dass es im Interesse aller ist, „wenn jeder, der hier lebt, die Sprache gut spricht und gut gebildet ist, damit er seinen Beitrag leisten kann. Auch Zuwanderer werden in unserer alternden Gesellschaft das Land tragen müssen.“

Bekannt ist das alles auch hierzulande. Sogar die Integrationspläne liegen schon in der Schublade. Jetzt müssten die Ressorts und die Länder nur mehr dem Vorbild aus Düsseldorf folgen und tun, was innerhalb ihrer Kompetenzen zu tun ist. Oder als Alternative die Pensionen abschaffen. „Dann“, so Demograf Rainer Münz, „brauchen wir auch keine Zuwanderer mehr.“

